

Ein historischer Sonntag!



Das breite und deutliche Ja zur AHV13 stellt eine historische Zäsur und einen entscheidenden Richtungsentscheid in der Schweizer Sozialpolitik dar. Die Menschen haben sich für eine sozialere Schweiz entschieden. Unsere Themen sind die richtigen, und wir bleiben dran. Die seit Jahrzehnten deklamierten neoliberalen Phrasen und die bürgerlichen Täuschungsmanöver greifen nicht mehr. Wir alle spüren Monat für Monat, dass wir immer weniger Geld im Portemonnaie haben. Die Kaufkraft breiter Bevölkerungsschichten sinkt weiter. Wir müssen gegensteuern und Menschen mit tiefen und mittleren Einkommen spürbar und nachhaltig entlasten.

Nach der Abstimmung ist bekanntlich vor der Abstimmung. Wir nehmen die Sorgen und Anliegen der Bevölkerung ernst und bieten verständliche Lösungen an. Jetzt gilt es wieder alles zu geben, damit wir auch die Abstimmungen im Juni und die Wahlen im Herbst gewinnen. Die Zeichen und Prognosen sehen gut aus. Allerdings dürfen wir uns nicht zurücklehnen. Die rechtsbürgerlichen Parteien und die Lobbys sind aufgewacht. Sie spüren, dass ihnen nun die Felle wegschwimmen. Sie werden mit allen Mitteln und mit viel Geld gegen unsere politischen Ziele ankämpfen.

Die soziale Frage wurde lange unterschätzt und war vergessen. Sie ist wieder zurück. Nur die Sozialdemokratie – Hand in Hand mit den Gewerkschaften – setzt sich verlässlich für die Interessen der lohnabhängigen Bevölkerung, für Familien, Pensionierte, Frauen, Kinder und Jugendliche ein. Wir ergreifen Partei für eine solidarische Gesellschaft, für einen sozialen Aargau.

Stefan Dietrich von Bremgarten ist Co-Präsident der SP Aargau und SP-Grossrat.

Gedanken zu den Wahlen: Politik für Menschen

Am 3. März hat es funktioniert. Obwohl alle anderen Parteien dagegen waren, hat die Initiative für eine 13. AHV-Rente gewonnen. Die schwindende Kaufkraft und die drohende Altersarmut machen vielen Menschen Angst. Die SP hat das Thema aufgegriffen und konnte die Menschen damit abholen.



Dieter Egli von Windisch ist Aargauer SP-Regierungsrat.

Das täuscht aber nicht über die Realität hinweg: Nicht immer sind wir so nah bei den Menschen. Auch als sozialpolitisch und links Engagierte bewegen wir uns in einer bequemen Bubble: Viele von uns leben sehr gut und im Wohlstand. Wir leisten uns Ferien im Süden und Halbprivat bei der Krankenkasse, wir können bequem über veganes Essen oder über Ethik nachdenken und bei unfairer Behandlung durch unseren Arbeitgeber gegen ihn vor Gericht klagen. Gern rutscht dabei aus unserem Bewusstsein, dass es viele Menschen gibt, die sich all das trotz Arbeit nicht leisten können. Weil ihnen das

Geld und die Zeit oder Kraft dafür fehlen. Oder weil sie ihre Rechte nicht kennen.

Diese Menschen sind es, die unsicher werden und am Staat zweifeln, der ihnen eigentlich ökonomische Sicherheit als Gegenleistung für ihre Arbeit versprochen hat. Und sie sind es, die aktuell sehr gezielt durch populistische Propaganda angesprochen werden – vor allem in den sozialen Medien. Wie das erfolgreich geht, zeigt – zum Beispiel – eine rechtsextreme Partei in Deutschland.

Hinter dieser Propaganda stecken nur eigennützige Motive und Machtgier. Ihr Ziel ist nicht Sicherheit, sondern das Gegenteil. Sie schreckt nicht davor zurück, Menschen gegen den Staat, gegen die demokratischen Institutionen aufzubringen. Sie bedient sich dazu hemmungslos allerlei verschwörerischer, rassistischer Narrative, die bis zur Rechtfertigung von Gewalt, Terror und Angriffskriegen reichen.

Das darf uns nicht passieren! Wir müssen diese Menschen wieder für uns gewinnen. Wir müssen sie wieder für die Schweiz, für die Demokratie gewinnen – um nicht zu sagen: Wir dürfen sie nicht an den Extremismus verlieren.

Unser Auftrag dazu ist nicht neu oder überraschend: Gut zuhören und herausfinden, wo der Schuh wirklich drückt. Und präsent sein mit einfachen Botschaften – nicht vereinfachend oder holzschnittartig. Es geht darum, Wesentliches zu fokussieren und Probleme auf einfache Art anzusprechen – und aufzuzeigen, dass es dafür umsetzbare Lösungen gibt. So wie am 3. März.

Das muss nicht nur auf der Strasse passieren, sondern auch auf allen – auf uns sympathischen oder weniger sympathischen – Kanälen der sozialen Medien. Überall dort eben, wo sich die Menschen bewegen, um die es geht.

LINKS AG

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
211 · Ausgabe AG · März 2024



NEU IN DER GESCHÄFTSLEITUNG

Kujtim Ahmeti



Du bist am Parteitag vom 23. Januar 2024 in die Geschäftsleitung (GL) der SP Aargau gewählt worden. Als Pflegefachmann hast Du Erfahrungen mit der Gesundheitspolitik und mit den konkreten Bedingungen der Pflege. Was kannst Du in der Leitung der SP Aargau beitragen?

Als GL-Mitglied der SP Aargau möchte ich die Partei stärken und unsere Ziele effektiv verfolgen. Als Pflegefachmann verstehe ich die Bedürfnisse verschiedener Bevölkerungsgruppen. Mein Ziel ist es, die Bürger:innen für SP-Themen zu mobilisieren.

Die Pflege in der Geriatrie ist besonders anspruchsvoll. Ist die Pflegesituation in Kanton Aargau so, dass die hohen Anforderungen umgesetzt werden können?

Die Pflegesituation im Kanton Aargau spiegelt typische Probleme des Schweizer Gesundheitswesens wider. Personalengpässe und mangelnde Unterstützung durch die kantonalen Entscheidungsträger beeinträchtigen die Pflegequalität, vor allem für ältere und chronisch kranke Menschen. Im Jahr 2020 lagen die Löhne in Kanton Aargau für Pflegefachpersonen im Durchschnitt bis zu 10 000 Franken unter denen anderer Kantone, was die Wettbewerbsfähigkeit mindert und den Fachkräftemangel im Aargau verschärft. Trotz dieser Erkenntnisse hat sich bis 2024 die finanzielle Situation und Unterstützung der Pflege, insbesondere der Langzeitpflege, nicht verbessert. Der Kanton Aargau bildet schweizweit das Schlusslicht der Tabelle.

Warum geht es mit einer besseren Pflegesituation trotz Zustimmung in der Abstimmung zur Pflegeinitiative nicht schneller vorwärts?

Bürgerliche Politikerinnen und die Mittepartei in der Schweiz priorisieren eindeutig Profit über Menschen. Ihre Blockadehaltung gegenüber der Pflegeinitiative zeigt, dass sie die Interessen reicher Lobbyisten über das Wohl der Bevölkerung stellen. Jeder Fortschritt, der nicht den Vorteilen einer privilegierten Minderheit dient, wird blockiert.

Kujtim Ahmeti von Waltenschwil ist Mitglied der GL der SP Aargau.

PRÄMIENINITIATIVE

Maximal 10 Prozent – Gemeinsam für finanzielle Entlastung!

Der stetig steigende Druck durch Krankenkassenprämien ist eine massive Belastung für Versicherte. Die Initiative zur Begrenzung der Prämien auf maximal 10 Prozent des verfügbaren Einkommens stellt einen wichtigen Schritt hin zu einer gerechteren Gesundheitsfinanzierung dar. Am 9. Juni 2024 stimmen wir über die Prämieninitiative der SP ab.



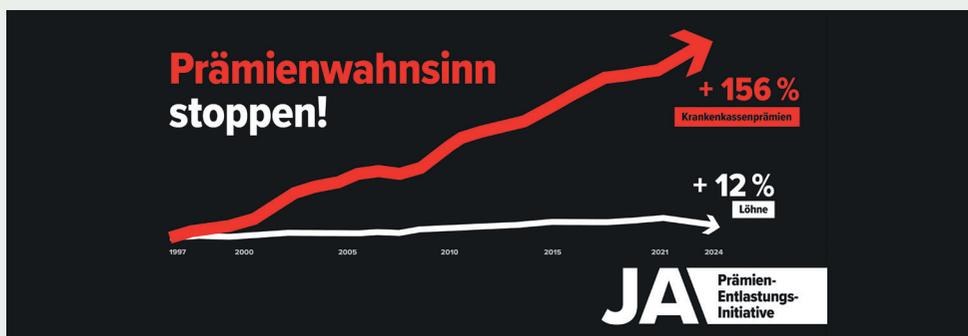
Dariyusch Pour Mohsen
von Lenzburg ist
Regionalsekretär VPOD
Aargau/Solothurn.

Die aktuelle Entwicklung der Prämienlast ist ein brennendes Thema. Die Krankenkassenprämien haben sich in den letzten zwanzig Jahren mehr als verdoppelt. Gleichzeitig sind die Löhne kaum gestiegen. Insbesondere Menschen mit niedrigeren und mittleren Einkommen müssen aktuell oft einen unverhältnismässig grossen Teil ihres Einkommens für die Gesundheitsversorgung aufbringen. Das führt zu finanziellen Belastungen, die kaum noch zu bewältigen sind. Die Initiative stellt deshalb die richtige Frage, jene nach der Gesundheitsfinanzierung, in den Mittelpunkt und fordert Solidarität und soziale Verantwortung ein. Sie zielt darauf ab, eine verstärkte finanzielle Beteiligung von Bund und Kantonen an den Gesamtausgaben für Krankenkassenprämien sicherzustellen, um eine gerechtere Verteilung der finanziellen Lasten zu erreichen. Dies würde einen bedeutenden Schritt in Richtung eines faireren Gesundheitssystems bedeuten, das dann für alle Bürger:innen zugänglich ist, unabhängig von ihrem Einkommen.

Die Umsetzung der Prämien-Entlastungs-Initiative würde nicht nur die finanzielle Stabilität der Arbeitnehmer:innen gewähr-

leisten, sondern auch den politischen Druck erhöhen, um dringend benötigte strukturelle Reformen im Gesundheitswesen anzustossen, die den Weg zu einer sozialeren Gesundheitspolitik ebnen. Es ist unumgänglich, ein übergeordnetes Ziel zu verfolgen: Die Gestaltung eines Systems, das allen Bürgern und Bürgerinnen zugutekommt und gleichzeitig sicherstellt, dass niemand aufgrund finanzieller Engpässe leidet. Der Status quo hat in diesem Bereich versagt. Es liegt an uns, jetzt zu handeln und eine Zukunft zu schaffen, in der die Gesundheitsversorgung für alle bezahlbar ist. Die Gewerkschaften und die SP spielen mit ihrer Initiative eine entscheidende Rolle. Es ist grundlegend, dass wir diesen Weg gemeinsam gehen. Daher ist es wichtig, die positive politische Dynamik, die sich aus dem Ergebnis des letzten Abstimmungssonntags ergeben hat, zu nutzen, um der millionenschweren Gegenkampagne der Krankenkassen-Lobby entgegenzuwirken. Die Gesundheitsversorgung darf nicht länger von Profitmotiven geleitet werden.

Ein faireres Gesundheitssystem, das finanzielle Belastungen mindert und allen, unabhängig von ihrer finanziellen Situation, den Zugang zu unerlässlicher medizinischer Versorgung ermöglicht, liegt im Interesse aller Bürger:innen. Wir können den ersten Schritt tun, indem wir bei der Abstimmung vom 9. Juni 2024 die Weichen dafür stellen, dass die Gesundheit und die Kaufkraft der Bevölkerung wieder oberste Priorität in der Bundespolitik haben.



EFAS-REFERENDUM

Einheitlich und unsozial

EFAS (einheitliche Finanzierung ambulanter und stationärer Leistungen im Gesundheitswesen) ist im Dezember 2023 von den Eidgenössischen Räten gutgeheissen worden. Aber EFAS löst die wahren Probleme im Gesundheitswesen nicht. Die Reform schafft neue Schieflagen, speziell mit dem fixen Schlüssel zur Langzeitpflege. Der VPOD hat das Referendum ergriffen, und die Mehrheit der Delegierten am SP-Parteitag in Genf sagte am 20. Februar ebenfalls Ja zum Referendum.



Viviane Hösli
von Zofingen war
SP-Grossrätin und
ist VPOD Zentral-
sekretärin.

Die ursprüngliche Idee hinter EFAS – noch unter dem Label «Monismus» wurde von der Aargauer Krankenkassen-Lobbyistin Ruth Humbel propagiert: Die heute unterschiedliche Finanzierung von ambulanten und stationären Leistungen schaffe Fehlanreize, die zu beseitigen seien.

Ambulante Behandlungen – bei der Hausärztin, aber auch eine Spital-OP ohne Übernachtung – werden heute von den Krankenkassen bezahlt. Für stationäre Behandlungen – also solche mit mindestens einer Spital-Übernachtung – zahlen hauptsächlich die Kantone. Nämlich zu 55 Prozent. Aber entscheidet tatsächlich die unterschiedliche Finanzierungsart darüber, ob ein Eingriff ambulant oder stationär vorgenommen wird? Glücklicherweise ist das in der Schweiz nicht so, und auch die Zahlen sprechen dagegen: Der Trend zur «Ambulantisierung» hat gemäss Berechnungen des BAG alleine zwischen 2016 und 2019 zu 7 Prozent des Prämienanstiegs geführt. Die Kantone ziehen sich also systematisch aus der Finanzierung der Gesundheitsversorgung zurück. Aber die bestehenden Fehler bei den Tarifen, die für Spitäler oft nicht kostendeckend sind und zu Finanzproblemen führen, werden mit EFAS nicht gelöst. Der Kostendruck für die öffentlichen Spitäler bleibt also unvermittelt bestehen, und das Personal erhält keine anständigen

Lohnerhöhungen mehr. Der Verweis auf das Kantonsspital ist hier fast überflüssig.

Die andere wichtige Änderung in dieser Revision betrifft die Abschaffung zweier Mechanismen in der Langzeitpflege. Das Gesetz sieht heute eine Deckelung des Beitrags der Prämien und der Selbstkostenbeiträge vor. Durch diese Deckelung haben die Kantone und Gemeinden eine zusätzliche finanzielle Verantwortung: Sie müssen die sogenannten «Restkosten» decken. So haben die Kantone und die Gemeinden auch die Möglichkeit, die Qualität der Pflegeleistungen in ihren Heimen über den Preis zu steuern.

Mit EFAS werden diese beiden Beschränkungen nach einer Übergangsfrist ersatzlos wegfallen. So werden bei steigenden Pflegekosten entweder die Krankenkassenprämien oder die Selbstzahlungen der Heimbewohner:innen steigen. Aufgrund der höheren Lebenserwartung und der Demografie werden in den nächsten Jahren diese Kosten stark ansteigen. SantéSuisse geht bis 2040 von zusätzlichen Prämienkosten in der Höhe von knapp 10 Milliarden aus. Eine massive Mehrbelastung, die zukünftig über Steuergelder finanziert werden. Das birgt sozialpolitischen Sprengstoff, und nur ein Nein zu EFAS wird das verhindern können.

Die Referendumsfrist läuft bis am 18. April. Bögen (siehe Beilage zum links.ag) bitte rasch ausfüllen und einsenden!

STEUERGESETZREVISION

Leere Versprechen

Was hat die letzte Steuergesetzrevision gebracht, und wie gedenkt der Regierungsrat dies zu messen? Wir fragten beim Regierungsrat nach. Die Antwort: «Praktisch nicht möglich». Nun ja, was nicht messbar ist, soll dann aber bitte auch nicht als Prognose in einer Abstimmungsvorlage stehen.



Die Mathematikerin Carol
Demarmels von Kirchdorf ist
SP-Grossrätin und Mitglied des
Einwohnerrats und der Steuer-
kommission Obersiggenthal.

Am 15. Mai 2022 hat sich die Aargauer Bevölkerung für eine Steuergesetzrevision ausgesprochen. Für eine Vorlage, die vordergründig tiefere Steuern für alle versprach, fiel die Nein-Quote mit 43 Prozent jedoch beträchtlich aus. Viele haben sich eben nicht täuschen lassen von der Mogelpackung: Neben geringfügig tieferen Steuern für die meisten gab es gigantische Steuergeschenke für Firmen mit grossen Gewinnen.

Das regierungsrätliche Versprechen: Diese Steuergeschenke an Grossfirmen werden in ferner Zukunft grosse dynamische Effekte mit sich bringen. Soll heissen: Firmenzuzüge, Verhinderung von Abwanderung, Gewinnverlagerung. Offenbar war es dem Regierungsrat möglich, ganz genau vorherzusagen, in welchem Jahr diese dynamischen Effekte wie hoch ausfallen werden. Ab 2030 sollten dann die Gewinnsteuereinnahmen wieder auf ihre ursprüngliche Summe angewachsen sein (dass bis dann eine Steuersumme von 1,3 Milliarden flöten ging, schien nebensächlich).

Nun wollten wir es genau wissen: Wie wird die (Nicht-)Erfüllung dieser dynamischen Effekte zukünftig gemessen? Dazu habe ich zusammen mit Rolf Schmid und Arsène Perroud eine Interpellation eingereicht. Wichtig dabei: Wie stellt der Regierungsrat sicher, dass allfällige Firmenzuzüge wirklich auf die Steuererleichterung zurück zu führen sind? Die Antwort liess nicht lange auf sich warten und brachte kaum Erstaunliches zu Tage: Ein mehrfaches Bekenntnis, dass das Eintreffen der prognostizierten Zahlen kaum kausal messbar ist. Und so präsentiert der Regierungsrat lediglich Einzelfälle, die nach eigenen Angaben wegen der Revision nun mehr Gewinne im Aargau versteuern. Erfreulich, wenn dies so ist, aber zur Kompensation der Ausfälle reicht das noch längst nicht. Methodisch könnte hier auch definitiv noch optimiert werden und zum Beispiel eine Analyse durchgeführt werden, wie sie dazumal der Ökonom David Staubli über die Firmensteuersenkung in Luzern durchführte. Das Fazit: ohne Senkung der Firmensteuern stünde Luzern besser da. Gewünscht hätten wir uns aber insbesondere die regierungsrätliche Transparenz der «nicht Messbarkeit der dynamischen Effekte» bereits in der Abstimmungsdebatte – denn was im Grunde gar nicht messbar ist, hätte man auch nicht als Prognose in ein Abstimmungsbüchlein drucken sollen.

Die FDP will AKWs – die es gar nicht gibt

Die Energiefachleute der SP haben Professor Andreas Pautz (PSI/ETHL) zum Fachgespräch getroffen. Wir sind uns einig: neue AKW-Technologien gibt es frühestens in 60 – 80 Jahren. Grundlegende Probleme sind noch völlig ungelöst. «Kosten wird deren Strom sehr viel – aber das muss es uns wert sein» – mein Professor Pautz. Die FDP verkauft also Luftschlösser – auch in der Klimafrage.

Die Fakten zuerst: heute konsumiert die Schweiz rund 60 TWh Strom. 20 TWh davon produzieren die vier alten AKWs (Beznau I (1969), Beznau II (1972), Gösgen (1979), Leibstadt (1984)). Dass die Schweiz in Zukunft ohne AKW leben will, haben wir im Jahr 2017 per Volksabstimmung beschlossen. Damit wir bis 2050 auf die fossilen Energien und den Atomstrom verzichten können, müssen wir bis dann neue Energiequellen aufbauen, die zusammen zusätzlich rund 50 TWh/J produzieren können. Wir alle wissen heute: Technisch ist das kein Problem, wirtschaftlich auch nicht, denn Wind- und Sonnenenergie werden bald billiger als alle anderen Energieträger (3–5 Rp/kWh) sein. Die Frage ist nur, wer es wann und wo realisieren will oder darf. (Mehr dazu im nächsten Links).

Dass wir die alten «AKW-Rostlauben» (Peter Bodenmann), die für eine Laufzeit von 40 Jahren gebaut und bewilligt worden sind, demnächst mal stilllegen müssen, wissen wir alle. Die Frage ist nur: Wann? «Solange sie sicher sind» verkündete Bundesrätin Doris Leuthard. Laut Konzession sollte das Ende 2009, 2012, 2019 und 2024 der Fall gewesen sein. Jetzt diskutiert die sogenannte «Fachwelt», ob man die Laufzeiten auf 50, 60, 80 oder gar 100 Jahre verlängern soll.

Das Perpetuum mobile der FDP

Die FDP will aber allen Ernstes neue AKWs. Und verkündet unbekümmert die Märchen der AKW-Lobby von den neuen «kleinen, sicheren, billigen AKWs», die aus technischen Gründen unfallfrei laufen werden, die den Brennstoff laufend selber «erbrüten» und keine Abfälle produzieren, weil sie diese gleich selber «weiter verbrennen». Das Perpetuum Mobile eben. Paradies auf Erden. Frage an uns: Haben wir also etwas verpasst?

SP Energiefachleute treffen Professor Andreas Pautz

Am 1. März haben 18 Fachleute der SP und der Grünen Professor Andreas Pautz, den AKW-Sicherheitsfachmann des PSI, zum Fach-Gespräch getroffen. Wir haben präzise Fragen gestellt und erstaunlich offene, ehrliche Antworten erhalten (wer mehr wissen will: Mail an info@energiespaargau.ch). Hier ein paar zentrale Antworten:

1. 20 Jahre Bauzeit: die zwei neuen europäischen AKWs, die jetzt ans Netz gehen werden, haben Planungs- und Bauzeiten von 15–20 Jahren und werden Stromkosten von 15–20 Rp/kWh verursachen. Es sind «die bekannten EPR-Technologien» mit allen altbekannten Risiken inklusive die Abfallfragen.

2. Keine SMR (kleine modulare) Reaktoren in Sicht. Alle Projekte sind erst im Pro-

totyp-Versuchsstadium. Das beste wurde gerade aus Wirtschaftlichkeitsgründen eingestellt. Vor 2060 wird es davon keinen SMR-Reaktor auf dem Markt geben.

3. Kleine AKWs neuen Typs, die alle Probleme lösen sollen, gibt es frühestens 2080 bis 2100 – das bestätigte Professor Pautz explizit. Die meisten der vielen technischen Probleme sind noch gar nicht genauer untersucht. Für Ingenieure natürlich ein Eldorado.

4. Unbekannt teuer- aber über Stromkosten solle man sich besser keine Gedanken machen. Die Kosten sind sicher recht hoch, aber «eine CO₂-freie Energie, die praktisch unerschöpflich ist, darf doch etwas kosten» (Andreas Pautz).

Die FDP will weiter träumen. Warum wohl? Wir bleiben dabei: Unsere Strategie hat Hand und Fuss. Strom aus Sonne, Wasser und Wind ist umweltfreundlich, sicher, billig, risikoarm, vollständig rückbaubar und sehr schnell verfügbar. Und bei den Abfällen steht man weit besser da als bei den AKWs. Es gibt keinen einzigen sachlichen Grund, von der vom Volk beschlossenen Energiestrategie 2050 abzuweichen.

Leo Keller von Aarau ist Präsident des Fachausschusses Energie und Klima der SP Aargau. Der Geologe und Entsorgungsspezialist Marcos Buser, Senior scientist, war ehemals Mitglied diverser Regierungskommissionen, so der Eidgenössischen Kommission für nukleare Sicherheit.

SOLARSTROMERFOLGE

Der Solarzug rollt nach wie vor

Diverse Medien haben das Nein der Stimmberechtigten zur alpinen Solaranlage im Bündnerischen Sursés zum Anlass genommen, den «Solarexpress» für gescheitert zu erklären.



Gabriela Suter von Aarau ist SP-Nationalrätin und Vizepräsidentin von Swissolar, des Schweizer Branchenverbands für Sonnenenergie. Der oben stehende Text wurde am 9. Februar 2024 als Gastbeitrag im Tages-Anzeiger publiziert.

Dieses vom Parlament mit grosser Mehrheit verabschiedete Gesetz hat zum Ziel, bis Ende 2025 jährlich 2 TWh Strom mit Freiflächenanlagen in den Alpen zu produzieren – ein wichtiger Beitrag zur Deckung des Winterstrombedarfs. Rollt der Solarexpress wirklich nicht mehr?

Fakt ist: Von den 36 Projekten, zu denen es bis jetzt Volksabstimmungen gab, wurden

25 angenommen, nur 11 abgelehnt. Wieso lesen wir nicht von diesen 70 Prozent problemlosen Projekten, sondern von den abgelehnten? Negativschlagzeilen sind offenbar interessanter für die Medien als positive.

Eine Analyse der bisher erfolgten Abstimmungen zeigt, dass vier Faktoren entscheidend sind für den Erfolg alpiner Solaranlagen.

1. Gut akzeptiert werden Anlagen, die nahe der bereits vorhandenen Infrastruktur und Stromleitungen gebaut werden – wie in Samedan entlang des Flugplatzes, in Scuol im Skigebiet Motta Naluns oder in Glarus an der Muttsee-Staumauer. Ein gutes Beispiel ist auch die Anlage in Präfleuri im Kanton Wallis. Dort soll der ehemalige Steinbruch für die Staumauer der Grande Dixence neu für die Produktion von Solarstrom genutzt werden. Projekte in der gänzlich unberührten Landschaft haben es hingegen schwer.

2. Angenommen wurden bisher hauptsächlich kleinere und mittelgrosse Projekte, Mega-Projekte sind (vorerst noch) meist chancenlos. Das ist nicht schlecht: Mit kleineren Anlagen lassen sich Erfahrungen sammeln, um später grössere zu bauen oder bestehende Anlagen zu erweitern.

3. Projekte, die von lokalen Energieversorgern oder privaten Ortsansässigen geplant werden, finden eher Zustimmung. An der Gemeindeversammlung zur sorgfältig geplanten Pionieranlage in Gondo gab es keine einzige Gegenstimme. Abgelehnt werden hingegen Grossprojekte, die von Energiekonzernen aus dem Unterland ohne Rücksicht auf lokale Befindlichkeiten geplant wurden.

4. Ein frühzeitiger Einbezug der Bevölkerung ist entscheidend für das Gelingen. Dass die Leute vor Ort von Beginn weg mitgenommen werden müssen, hat mittlerweile auch der Axpo-CEO selbstkritisch eingeräumt. Für die Ansässigen braucht es einen Mehrwert, sie dürfen sich nicht über den Tisch gezogen fühlen. Dies setzt eine angemessene finanzielle Beteiligung der Gemeinde voraus.

Der Solarzug rollt nach wie vor – auch wenn einige Projekte gescheitert sind. Eine Ablehnung bedeutet immer auch eine Chance nachzubessern. Man sollte die Bedeutung des «Solarexpresses» aber nicht überbewerten. Die Leistung des abgelehnten Projekts in Sursés wird alle zehn Tage auf Gebäuden und Infrastrukturen installiert. Im letzten Jahr wurde schweizweit 1,5 GW Photovoltaik zugebaut, 40 Prozent mehr als im Jahr 2022. In Kürze wird Solarstrom 10 Prozent des Schweizer Stromverbrauchs decken. Sämtliche Energieszenarien sehen die Solarkraft als wichtigen Baustein der erneuerbaren Stromversorgung. Damit Photovoltaik diese Stellung ausfüllen kann, braucht es sie in einem guten Mix: als alpine Freiflächenanlagen, vor allem aber auf Dächern, an Fassaden, über Parkplätzen und entlang der Autobahnen.

Was denkt die Schweiz über das Tiefenlager: eine PR-Aktion

Anfangs Februar 2024 veröffentlichte die Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (Nagra) auf ihrer Homepage die Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage des renommierten Meinungsforschungsinstitut GfS Bern zur Einstellung der Schweizer Bevölkerung und der betroffenen Region zum Thema Tiefenlager für radioaktive Abfälle.



Der Geologe und Entsorgungsspezialist Marcos Buser, Senior scientist, war ehemals Mitglied diverser Regierungskommissionen, so der Eidgenössischen Kommission für nukleare Sicherheit.

Laut dieser im Herbst 2023 ausgeführten Umfrage bei insgesamt 1800 Personen traue sich die Schweiz «die Lösung des Atommüllproblems zu, sowohl technisch (71 Prozent) als auch politisch (61 Prozent)». Die Befragung biete zudem auch «ein umfassendes Bild sowohl für die gesamte Schweiz als auch spezifisch für die Region Nördlich Lägern.» Das Resultat dieses Tests könne sich – aus der Sicht der Nagra – sehen lassen, wie die Genossenschaft dies auf ihrer Webseite festhält: Die Bevölkerung nehme demnach «in puncto Tiefenlager eine überwiegend pragmatische Haltung ein, die Akzeptanz sei schweizweit und in der betroffenen Region hoch».

Was wird mit diesen Umfrageergebnissen eigentlich bezweckt? Im Herbst 2024 steht die Einreichung des Rahmenbewilligungs-Gesuchs für das Kombi-Tiefenlager in «Nördlich Lägern» an, welches auch den Weg für die Laufzeitverlängerungen des bestehenden AKW-Parks ebnet. Will die Nagra mit dieser Umfrage also ein Zeichen dafür setzen, dass die Akzeptanz des Tiefenlagerprojektes im Grossen und Ganzen bereits gegeben ist? Dass der aktive Widerstand – klein bis marginal – damit de facto nicht mehr als wesentliche Grösse zu verstehen ist? Oder gibt es auch andere Gründe für diese Umfrage?

Über den wichtigsten Fakt ist man sich nämlich einig: Dass nutznießende Industriegesellschaften ihre hochgradig toxischen Abfälle nachhaltig zu «ent-sorgen» haben, versteht sich heutzutage von selbst, wie dies erwartungsgemäss auch die Umfrage bestätigt. Dass dies vorzugsweise in einem Tiefenlager erfolgen soll, und nicht in oberirdischen Zwischenlagern, ist ebenfalls allseitig

anerkannt. Der grosse Teil der Umfrageergebnisse bringt also kaum etwas Neues.

Interessant ist allerdings die mediale Rezeption der vielbeachteten Befragung am 6. Februar 2024. Die meisten Bewohner hätten «keine Angst vor Atommüll im Stadel», titelte etwa der «Zürcher Unterländer». Andere Medien wie «SRF», «Blick» oder «Watson» pflichteten diesem Befund bei. Auf seinem Web-Portal schrieb der Kanton Zürich dazu, dass sich die Schweiz das Jahrhundertprojekt Tiefenlager zutraue, und schaltete zudem die GfS-Studie auf.

Eine Analyse der Befunde erfolgte leider durch kein einziges Medium, obschon Umfragen bekannterweise über die Fragestellung massgebend beeinflusst werden. Interessant wäre etwa gewesen, wie die Teilnehmer der Umfrage das eigenartige Standortwahlverfahren und dessen Glaubwürdigkeit eingeschätzt hätten, nachdem ja der Standort Nördlich Lägern am Ende der Etappe 2 des Sachplans von der Nagra fallen gelassen worden war. Man hätte sich beispielsweise auch Gedanken machen können, weshalb eine technisch-wissenschaftliche Institution wie die Nagra an der Frage interessiert ist, ob bei «gelöster Endlagerung neue Kraftwerke akzeptabel» seien. Wäre das nicht – wenn schon – die Aufgabe der Kernkraftwerksbetreiber, dies zu ermitteln? Wäre es nicht viel klüger und glaubwürdiger, die öffentliche Hand endlich damit zu beauftragen, genau diese Prozesse der Akzeptanz zu führen und zu analysieren und die Nagra auf das Feld zu verweisen, für das diese zuständig ist: nämlich die Bearbeitung wissenschaftlicher und technischer Sachfragen?

Die Suche nach Lösungen für radioaktive Abfälle in der Schweiz zeichnet sich seit Jahrzehnten dadurch aus, dass die Verursacher der Abfälle zentrale Aufgaben der Langzeitsicherheit übernehmen, die nicht dem Produzenten, sondern der betroffenen Gemeinschaft vorbehalten wären. Zeit also, die Frage dieser Langzeitverantwortung beim Verursacherprinzip grundsätzlich zu überdenken.

NEU IM GROSSEN RAT

Franziska Rabenschlag

links.ag: Du bist als Stellvertreterin für Luzia Capanni im Grossen Rat vereidigt worden. Beruflich bist Du tätig in der Leitung Pflege der Zentren Diagnostik und Krisenintervention, Psychotische Erkrankungen sowie der Privatlinik der Universitären Psychiatrischen Kliniken Basel. Was interessiert Dich an der Aargauer Politik?

Franziska Rabenschlag: Ich verfolge insbesondere die Gesundheitspolitik und sehe, dass im Aargau einige Projekte gut umgesetzt wurden. Als Beispiel nenne ich die Aktionstage psychische Gesundheit im Herbst. Mich interessieren ausserdem schwierige aktuelle Brennpunkte wie die Debatte um Treffpunkte von Abhängigen oder rund um Asylunterkünfte.

Was von Deiner beruflichen Tätigkeit kannst Du im Grossen Rat einbringen?

Die Arbeit in einer Uni-Klinik ist geprägt von der Möglichkeit, Themen oder neue Projekte zu initiieren und umzusetzen, andererseits von der Notwendigkeit, für diese ein «Miteinander» oder einen Konsens herstellen zu können. Alleingänge sind insbesondere in der Pflege schwierig. Also überzeugen, argumentieren und dafür Mitstreitende finden, manchmal erst nach wiederholten Anläufen, das versuche ich einzubringen.

Als stellvertretendes Mitglied im Grossen Rat ist Dein Einsatz im Parlament zeitlich begrenzt. Was interessiert Dich daran?

Die zeitliche Begrenzung finde ich ideal. Dadurch bekomme ich einen Einblick, habe die Möglichkeit, für eine Weile mitzuwirken und zu schauen, wie mir das liegt.

Die Public Health-Doktorin Franziska Rabenschlag von Brugg ist Zentrums- und Klinikleiterin Psychiatriepflege an der Privatlinik der Universität Basel. Seit dem 5. März 2024 ist sie Mitglied des Grossen Rates als Stellvertreterin von Luzia Capanni.

Gewaltfreie Erziehung in der Schweiz? Ein Kommentar zur vorgeschlagenen Änderung des Zivilgesetzbuches

Die SP Aargau hat zur Vorlage «Gewaltfreie Erziehung», einer Gesetzesänderung des Zivilgesetzbuches auf Bundesebene, Stellung genommen. Der Vorschlag wurde von der Arbeitsgruppe «Familienpolitik» des Fachausschusses Gesundheit und Soziales erarbeitet.



Lucia Engeli von Unterefelden ist Mutter, Co-Präsidentin Fachausschuss Gesundheit und Soziales der SP und Grossrätin.

Ist eine Gesetzesänderung überhaupt notwendig?

Ein Blick in die Zahlen zeigt: Ja, die Änderung des Zivilgesetzes ist bitter nötig. Denn Gewalt gehört in den Schweizer Familien zum Alltag. Die Not ist gross: 2022 wurden 1889 Kinder mit Verdacht auf Kindsmisshandlung im Spital behandelt, die Dunkelziffer kann nur geschätzt werden.

Es darf kein Tabu mehr sein, sich Hilfe zu holen!

Eltern zu werden ist ein relevanter Einschnitt in die Biografien junger Menschen. Gewalt in der Erziehung passiert in überwiegenden Fällen aus Überforderung und fehlendem Wissen über alternative Erziehungsstrategien. Eltern, die gestresst oder müde sind, Existenzängste haben oder einfach mit den Nerven am Ende sind, wenden aus Überforderung Gewalt an, wie eine Studie der Hochschule Luzern 2022 feststellt. Gewalt in der Erziehung hat tiefgreifende Auswirkungen auf die Entwicklung des Kindes. Die EU schätzt den Schaden auf 581 Milliarden Dollar pro Jahr. Jedoch zeigte eine Studie der Berner Fachhochschule, dass es schambefahret ist, Hilfe anzunehmen.

Ein visionäres Ziel kann nur mit einer Kulturänderung erreicht werden

Die gewaltfreie Erziehung ist somit ein visionäres Ziel, dem Gesetzesvorschlag kommt Leitbildcharakter zu. Dies wird in den Er-

läuterungen auch erwähnt. Es macht jedoch stutzig, dass von keinerlei Wirkungen auf die Volkswirtschaft ausgegangen wird. Die Eidgenössische Kommission für Kinder- und Jugendfragen hat bereits 2019 in einem Positionspapier festgehalten, dass es nicht genügt, nur Beratungsstellen zu installieren. Beratungsangebote existieren schon in vielen Kantonen. Die bisher zur Verfügung gestellten Ressourcen reichen für die Umsetzung nachhaltiger Prävention nicht aus. Es braucht Angebote der Elternbildung mit der Gelegenheit, das Erziehungshandeln zu reflektieren und bedürfnisgerecht zu entwickeln, flächendeckende institutionelle Elternpartizipation an Schulen und Entlastungsangebote, lückenloser Zugang zu Angeboten der Schulsozialarbeit oder Beratungen wie die 147 von Pro Juventute.

Es gibt noch ein paar Hausaufgaben zu erledigen

Und da sind noch relevante Lücken in der Umsetzung der Kinderrechtskonvention, welche die Schweiz eigentlich ratifiziert hat. Denn das Züchtigungsrecht wurde gemäss der Eidgenössischen Kommission für Kinder- und Jugendfragen ‚nicht ganz abgeschafft‘, da sich das Bundesgericht weiterhin darauf bezieht. Und dann, lieber Gesetzgeber, was ist gemeint mit «anderen Formen der entwürdigenden Gewalt»? Diese Formulierung ist aus unserer Sicht ein Pleonasmus, denn es gibt doch keine «nicht entwürdigende Gewalt»! Wir schlagen darum vor, dass die Gewaltformen explizit erwähnt werden: Anwendung von körperlicher Gewalt, psychischer Gewalt, Vernachlässigung, sexueller Gewalt und Erwachsenenkonflikte um das Kind.

Liebe Schweiz, ein erster Schritt ist getan. Ihm müssen viele weitere folgen!

Bildungsqualität mit mehr Ressourcen sichern

Seit Jahren macht der Aargauische Lehrerinnen- und Lehrerverband (alv) darauf aufmerksam, dass sich die Arbeitsbedingungen an den Schulen in den vergangenen Jahrzehnten derart verschlechtert haben, dass es immer schwieriger wurde, die Stellen zu Beginn des Schuljahres mit ausgebildeten Lehrkräften zu besetzen. Unterdessen stehen etliche Personen ohne pädagogische Ausbildung vor Schulklassen.



Roger Sax von Hägglingen ist Präsident des Fachschusses Wirtschaft und Finanzen der SP Aargau und Vize-Präsident des Aargauischen Lehrerinnen- und Lehrerverbands ALV.

Die Ursachen sind vielfältig: Die Integrative Schule zum Beispiel kann nur funktionieren, wenn dafür auch ausreichend Ressourcen vorhanden sind. Dies ist aber seit ihrer Einführung nie der Fall gewesen.

Die im öffentlichen Umfeld und in sozialen Medien zunehmende Tendenz zu extremen Haltungen und direkten, bestenfalls «nur» verbalen Angriffen auf Einzelpersonen spüren auch Lehrpersonen. So ist die Erwartungshaltung gegenüber Schulen massiv

gestiegen und parallel dazu die Herausforderung, sich so unangreifbar wie möglich zu machen. Der damit verbundene administrative Aufwand hat unterdessen absurde Ausmasse angenommen. Dasselbe gilt für die psychische Belastung der Lehrpersonen.

Die Abbaumassnahmen der 10er-Jahre haben dann zu alledem auch noch die Arbeitsbedingungen massiv verschlechtert. Und nun kommt das demographische Problem dazu. Ein grosser Teil des überalterten Lehrkörpers wurde bereits oder wird bald pensioniert. Der bereits davor bestehende Mangel an qualifizierten Lehrpersonen wurde dadurch massiv verschärft.

Die hier lediglich exemplarisch aufgeführten Entwicklungen bringen die Schulen und die Lehrpersonen an ihre Grenzen und schaden der Bildungsqualität beträcht-

lich. Die Schule muss als Arbeitsort wieder attraktiv werden, und wir müssen dem vorhandenen Schulpersonal Sorge tragen. Obwohl wir in vielen Bereichen und in intensiver Zusammenarbeit mit dem Bildungsdepartement gute Lösungsansätze finden, sind die meisten davon nur kleine Tropfen auf den heissen Stein. Die grossen Brocken, die wirklich etwas bringen würden, wie die Entlastung der Klassenlehrpersonen, die finanzielle Unterstützung von Quereinsteigern (um überhaupt eine Ausbildung machen zu können), eine verbesserte Unterstützung beim Berufseinstieg, eine ausreichende Ressourcierung der integrativen Schule, die Senkung der Pflichtpensen oder die Verkleinerung der Klassengrössen kosten Geld. Und genau daran scheitern die Massnahmen an der Mehrheit im Parlament. Es braucht also dringend ein klares JA des Stimmvolkes für eine gute Bildungsqualität.

Deshalb sammeln wir im Rahmen einer kantonsübergreifenden Kampagne des LCH nun Unterschriften für die Verfassungsinitiative «Bildungsqualität sichern – Jetzt!» und hoffen natürlich auf die Unterstützung aller bildungsfreundlichen Parteien.

Wer uns aktiv unterstützen möchte, findet weitere Informationen und den Unterschriftenbogen auf unserer Kampagnenseite:
<https://ag.bildungsqualitaet-sichern.ch/de/>

Die SP Aargau verurteilt jegliche Form von Antisemitismus und Rassismus

Berichte über antisemitisch-motivierte Vorfälle in der Schweiz nehmen stark zu. Sie haben sich in einem kurzen Zeitraum vervierfacht. Es zeichnet sich ein zunehmend verstörendes Bild einer Gesellschaft ab, in der Menschen aufgrund ihrer religiösen Identität beschimpft, gedemütigt, bedroht und sogar – wie neulich in Zürich – lebensgefährlich verletzt werden. Die Gewaltbereitschaft steigt. Das können und wollen wir nicht hinnehmen.

Bereits während der Pandemie hat der Antisemitismus zugenommen. Insbesondere auf Internetplattformen und in den Sozialen Medien nahm er überhand. Antisemitische Angriffe auf Jüdinnen und Juden haben seit dem terroristischen Überfall und den Morden der Hamas am 7. Oktober 2023 weltweit zugenommen, so auch in der Schweiz. Mit der Messerattacke eines Jugendlichen auf einen jüdischen Familienvater in Zürich erreichten diese Angriffe einen Höhepunkt.

Der nun öffentlich gemachte Fall eines jüdischen Jugendlichen, der an einer Aargauer Bezirksschule beschimpft, geschlagen und bedroht wurde, zeigt, dass Gesellschaft und Politik auch im Kanton Aargau zu lange nicht hingesehen haben. Die Westschweizer

Koordinationsstelle gegen Antisemitismus und Diskriminierung zeigte in ihrem Jahresbericht deutlich auf, dass der Antisemitismus in Schulen stark zugenommen hat, dass die Kantone dem Thema an Schulen zu wenig Beachtung schenken und dass Lehrpersonen sich dabei nicht ausreichend unterstützt fühlen. Die Politik ist gefordert. Es braucht umgehend konkrete Massnahmen und mehr Mittel für die Sensibilisierung an Schulen und Hochschulen. Es gilt, Bildungs-

institutionen im Umgang mit Diskriminierung zu stärken. Unterstützungs- und Weiterbildungsangebote für Lehrpersonen und Schulsozialarbeiter:innen müssen ausgebaut werden und mehr Gewicht bekommen. Es braucht zeitliche Gefässe für Weiterbildungen, aber auch Raum für die Thematisierung, Wissenserwerb und die inhaltliche Auseinandersetzung. Im Rahmen des Aargauer Lehrplans gibt es durchaus noch Verbesserungsmöglichkeiten, um gesellschaftliches Wissen, beispielsweise beim Umgang mit der Shoa, deutlicher herauszugreifen. Ebenfalls sind weitere, niederschwellige Anlaufstellen an Schulen notwendig. Diese fehlen noch weitgehend. Jede Schule benötigt einen schulinternen Ansprechpartner, wenn es um Diskriminierung geht. Allfällige Reaktionen müssen schnell erfolgen.

Medienmitteilung (gekürzt) der SP Aargau vom 14. März 2024.

Am 19. März folgten noch Vorstösse im Grossen Rat zum Thema Rassismus und Antisemitismus: sp-aargau.ch/artikel-kanal/medienmitteilungen und sp-aargau.ch/artikel-kanal/vorstoesse

Startschuss für den Wahlkampf 2024

Obwohl die SP Aargau zweitstärkste politische Kraft im Kanton Aargau ist, ist sie mit ihren Forderungen im Grossen Rat nach wie vor oft in der Minderheit. Die bürgerlichen Parteien prägen das politische Geschehen entsprechend stark. Es wird Zeit, das zu ändern!



Esther Schmidt von
Wettingen ist politische
Sekretärin der SP Aargau

Grossratswahlen

Für die Grossratswahlen 2024 hat sich die SP Aargau ambitionierte Ziele gesetzt. Es gilt, den Wähler:innenanteil der Nationalratswahlen 2023 zu übertreffen. Die SP soll nicht nur zweitstärkste Kraft im Kanton Aargau bleiben, sondern auch die 2020 verlorenen 4 Sitze zurückholen. Sowohl im Sekretariat als auch in den Bezirken der SP Aargau laufen die Vorbereitungen für die kantonalen Wahlen 2024 bereits auf Hochtouren.

Themen und Emotionen

Inhaltlich wird die SP Aargau im Wahljahr 2024 die Themen angehen, welche die Menschen aktuell bewegen: Kaufkraft (steigen-

de Mieten und Krankenkassenprämien), Gleichstellung (Lohnleichheit, Frauenrenten, Vereinbarkeit von Beruf und Familie, bezahlbare Kita-Plätze), Klimaschutz und sichere Energieversorgung (öffentliche Investitionen in die Solaroffensive, Ausbau des öffentlichen Verkehrs), Gesundheit (Gesundheitssystem als zentraler Service public) und Bildung (Ressourcen für ein hochwertiges Bildungssystem). Das konkrete Wahlkampfprogramm wird von der Geschäftsleitung der SP Aargau in Zusammenarbeit mit den Fachausschüssen erarbeitet und am ordentlichen Parteitag im April verabschiedet. Die Abstimmungen vom 3. März könnten der Auftakt für ein emotionales Wahljahr sein.

Vielfältige Grossratslisten

Bis Ende März 2024 werden die Bezirksparteien ihre Kandidierenden nominieren. Ziel ist es, mit möglichst vielfältigen und vollen Listen anzutreten: Aarau mit 16, Baden mit 29, Bremgarten mit 16, Brugg mit 10, Kulm mit 9, Laufenburg mit 7, Lenzburg mit 13,

Muri mit 8, Rheinfelden mit 10, Zofingen mit 15 und Zurzach mit 7 Kandidierenden. Die ersten Bezirke haben ihre Kandidierenden bereits nominiert.

Zeit für eine Frau im Regierungsrat

Am 20. Oktober 2024 wird auch der Aargauer Regierungsrat gewählt. Vier aktuelle Regierungsräte, darunter auch SP-Regierungsrat Dieter Egli, werden sich wieder für eine Kandidatur zur Verfügung stellen. Die Spannung steigt, wer das Rennen um den fünften Platz machen wird. Da in der aktuellen Regierung nur Männer vertreten sind, sollte der fünfte Platz unbedingt von einer Frau besetzt werden. Es wäre wünschenswert, dass Mitte-Links gemeinsam eine Frau unterstützt.

Wer sich einen sozialen und umweltfreundlichen Aargau wünscht, sollte seine Stimme im Oktober einsetzen, um diesen Zielen einen Schritt näher zu kommen.

IMPRESSUM

SP Aargau
Bachstrasse 43
Postfach
5001 Aarau
Tel. 062 834 94 74
sekretariat@sp-aargau.ch
www.sp-aargau.ch

Erscheint 6 Mal pro Jahr
Auflage links.ag: 3066

Redaktion:
Katharina Kerr, katkerr@katkerr.ch
Redaktionsschluss für diese Ausgabe:
11. März 2024
Redaktionsschluss nächste Ausgabe:
29. April 2024
Erscheinen nächste Nummer:
17. Mai 2024

An dieser Nummer
haben mitgearbeitet:

Kujtim Ahmeti
Marcos Buser
Carol Demarmels
Stefan Dietrich
Dieter Egli
Lucia Engeli
Viviane Hösli
Leo Keller
Katharina Kerr
Dariyusch Pour Mohsen
Franziska Rabenschlag
Roger Sax
Esther Schmidt
Gabriela Suter

AGENDA

25. April 2024 18–21.30 Uhr
Alter Gemeindesaal, Kronenplatz 24, 5600 Lenzburg
Ausserordentlicher Parteitag (Programm folgt)

27. April 2024, 10–12 Uhr
Bahnhof Aarau
Wandern mit Regierungsrat Dieter Egli in Aarau
im Anschluss (ab 12 Uhr) Apéro im Wielandhaus,
Frey-Herosé-Strasse 12

1. Mai 2024
Maifeiern (siehe 1. Mai-Zeitung)

7. Mai 2024 18–21 Uhr,
Auenhalle Aarau Rohr
Präsidienkonferenz

14. Mai
Fraktionsausflug (Programm folgt)